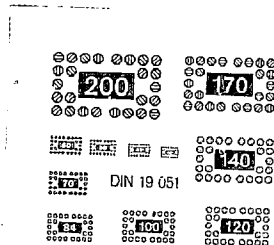


Heinz Rapp

Godesberger Erneuerung

Zum Bericht der Grundwerte-Kommission der SPD über
die Weiterentwicklung des Godesberger Programms



Heinz Rapp

Mitglied des Deutschen Bundestages
stellv. Vorsitzender der Grundwerte-Kommission

GODESBERGER ERNEUERUNG

Zum Bericht der Grundwerte-Kommission der SPD über
die Weiterentwicklung des Godesberger Programms

Vortrag vor dem Gesprächskreis "Politik und Wissenschaft"
des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung in
Bonn am 3. Mai 1984

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Der Auftrag und die Beauftragten	5
II. Zwei methodische Anmerkungen zum Vortrag	7
III. Drei Gründe für die Modernisierung des Programms	7
1. Die neuen Herausforderungen	
Wachstum nicht mehr wie früher; Fortschrittsskeptizismus; die ökologische Dimension; die Nord-Süd-Problematik; die internationale Gemeinschaft; EG, Bündnis; Wandel der Werthaltungen	
2. Die Aufgabe der innerparteilichen Integration	
3. Identität: Ausbruch aus dem "Zweitbesten-Syndrom"	
Drei Beispiele:	
- Wirtschaft und Wachstum; das Programm "Sondervermögen Arbeit und Umwelt"	
- Äußere Sicherheit	
- Weltanschauliche Pluralität als Aufgabe - und Vorzug	
IV. Was Bestand hat	14
- Die Grundentscheidungen des Godesberger Programms	
- Verdeutlichungen	
- Minimal-Anthropologie	

Herausgegeben von der Friedrichshert-Stiftung
 Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2
 1984



A84-4424

- V. Eine vernünftige Botschaft der Zuversicht 17
- Szenarien der nächsten dreißig Jahre
 - Die "sechs großen Brüche"
 - Die Botschaft
 - * Zuversicht
 - * Bewußtsein und Sein; nicht abkoppeln
 - * Werte- und Strukturkonservatismus
 - * Kriterien gegen die Ideologiefahr

- VI. Verantwortliche Industriegesellschaft: 24
Solidarische Gesellschaft
- Das neokonservative Modell:
die gesplante Gesellschaft
 - Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft
 - Die Kernfrage: solidarische Gesellschaft
zugleich dynamisch
 - Einzelaspekte
 - * Ein Begriff "humaner Leistung";
Schumpeters Pionierunternehmer
 - * Mitbestimmung, Produktivvermögen der
Arbeitnehmer: die demokratisch ge-
steuerte Marktwirtschaft
 - * Staat und Wirtschaft
- + Das "Wohl des Ganzen" (Godesberger
Programm
- + Konjunktur
- + Struktur und Innovation; Industriepolitik
- + Modernisierung, Rationalisierung;
Zukunft der Arbeit, Arbeitszeit
- + Umwelt: das symbiotische System

- VII. Die Aufgabe: Verantwortliche Industrie- 35
gesellschaft
- Verantwortung
 - Soziale Bündnisse
 - Gemeinwohlbewußtsein
 - Eine neue deutsche Identität?

GODESBERGER ERNEUERUNG

- Zum Bericht der Grundwerte-Kommission beim Parteivorstand
der SPD über die Weiterentwicklung des Godesberger Pro-
gramms -

I.

Über den Hergang und den formellen Rahmen ist rasch berichtet:
Zum Parteitag 1983 in München hatte ein Antrag des Parteibe-
zirks Franken zur STANDORTBESTIMMUNG DER PARTEI vorgelegen,
den der Parteivorstand in der Weise aufgenommen hat, daß er
die Kommission Grundwerte beauftragte, das Godesberger Pro-
gramm kritisch zu revidieren und festzustellen, welche Teile
noch heute Bestand haben, welche nicht mehr voll den heutigen
Fragestellungen entsprechen und wo das Programm aus heutiger
Sicht Lücken aufweist.

Die Kommission Grundwerte selbst war aufgrund eines Be-
schlusses des Hannoveraner Parteitags von 1973 ins Leben
gerufen worden, in dem es hieß:

Der Parteivorstand geht davon aus, daß die Grundwerte
des Godesberger Programms - Freiheit, Gerechtigkeit,
Solidarität - im Hinblick auf die seit 1959 neu in
Erscheinung getretenen Probleme, Konflikte, Herrschafts-
verhältnisse, Verhaltensweisen und Werthaltungen zu
präzisieren und zu konkretisieren sind.

Dieser Aufgabe ist die Kommission durch die Vorlage verschie-
dener Diskussionschriften nachgekommen:

- Grundwerte in einer gefährdeten Welt, 1977
- Grundwerte und Grundrechte, 1979 (als Frucht der sogenannten Hamburger Grundwertedebatte mit den Kirchen)
- Zur politischen Kultur in der Demokratie, 1980
- Humane Grenzen des technisch Machbaren, 1981
- Die Arbeiterbewegung und der Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins und Verhaltens, 1982.

Diese Schriften bedurften hier insoweit der Erwähnung, als sie wesentliche Materialien zur Erarbeitung des Berichts GODESBERG HEUTE waren, den die Kommission im Februar dieses Jahres abgegeben hat. Zu den vorrangig mit einzubeziehenden Dokumenten gehörte auch der Ökonomisch-Politische Orientierungsrahmen 1975 - 1985, der für die SPD ja Programm-Rang hat.

Der Vorsitzende der Grundwerte-Kommission Erhard Eppler wird nun in 14 Tagen dem Essener Bundesparteitag den Bericht GODESBERG HEUTE unterbreiten. Die letzten beiden Sätze des Berichts seien zitiert:

Der Prozeß einer weit über die Partei hinausreichenden und andere Gruppen einbeziehenden Debatte über ein neues Grundsatzprogramm, der nicht weniger wichtig sein wird als das Ergebnis, könnte eine Chance der Integration bieten. Die Grundwerte-Kommission bittet daher den Parteivorstand, dem Bundesparteitag die Einleitung dieses Prozesses vorzuschlagen.

Der Parteivorsitzende wird dann wohl beantragen, der Einsetzung einer ersten Programmkommission zuzustimmen, die zum nächsten Bundesparteitag einen Vorentwurf vorzulegen hätte. Nach daran anschließender mindestens zweijähriger Debatte in der Partei, mit den Bürgerinnen und Bürgern und den gesellschaftlichen Gruppen könnte das erneuerte Programm im Jahre 1988 verabschiedet werden.

Es wird dies dann das fünfte Grundsatzprogramm in der Geschichte der Sozialdemokratie sein. Ungefähr alle dreißig Jahre scheint die SPD vor dem Erfordernis zu stehen, sich

programmatisch neu zu verständigen - abzuklären, ob und wie dies in den geschichtlichen Entwicklungen eine Entsprechung hat, wäre wohl von hohem Reiz.

Soviel zur Genese und zu den Regularien des Vorhabens.

II.

Nun zwei kurze methodische Anmerkungen zu meinem Vortrag.

1. Der Bericht der Grundwerte-Kommission bietet die Beratungsergebnisse in sehr komprimierter Form dar. Ich betrachte es nicht als meine Aufgabe, die Verdichtung dieses Textes in allen seinen Einzelheiten aufzulösen; vielmehr setze ich Schwerpunkte.
2. Der Bericht ist weit überwiegend im Konsensverfahren zustande gekommen; abgestimmt wurde in der Grundwerte-Kommission nur an zwei oder drei Stellen. Dies bedeutet nun nicht, daß es in der Kommission durchgängig einheitliche Vorstellungen zur Lösung der beschriebenen Probleme gegeben hätte. Die Kommission hat sich sehr der Versuchung erwehrt, sich selber als Programmkommission mißzuverstehen - ihr Auftrag war Bestandsaufnahme zu machen und einen Defizite-Katalog zu erstellen. In dem, was ich an Antworten auf die von der Kommission gestellten Fragen vortrage, setze ich meine eigenen Akzente.

III.

In meinen bisherigen einleitenden Bemerkungen waren die Gründe für das Erfordernis der programmatischen Neuverständigung eher beiläufig mit genannt; ich will sie jetzt - zum Einstieg in

den Sachvortrag selbst - doch eigens systematisieren. Da gibt es als

1. Grund das objektive Erfordernis, jene Herausforderungen programmatisch aufzuarbeiten, die erst nach 1959 in Erscheinung oder jedenfalls ins Bewußtsein getreten sind. Die einschlägigen Problemkataloge sind zahl- und umfangreich; hier einige der wichtigen Veränderungen - der veränderten Voraussetzungen für eine Politik des demokratischen Sozialismus - in gedrängter Darbietung:

- Das Godesberger Programm ging von einem auf absehbare Zeit ungebrochenen Wirtschaftswachstum aus, das Vollbeschäftigung sichert, Verteilungskämpfe mildert, die Finanzierung auch expandierender öffentlicher Aufgaben einschließlich der sozialen Sicherheit gewährleistet. Die Erfahrung der Massenarbeitslosigkeit, die Erfahrung des weiteren, daß sie allein durch Wirtschaftswachstum nicht zu beseitigen ist, war fundamental; von ihr geht der größte "Programmbedarf" aus. Mit zu bedenken ist, daß die technische Entwicklung wie auch die der internationalen Arbeitsteilung alte Industrien - Grundstoffindustrien zumal - sowie ganze Regionen, in denen es solche Industrien gehäuft gibt, in tiefe Krisen geführt hat.
- Das Godesberger Programm ist des weiteren stark geprägt durch einen der Partei seit Anbeginn eigenen Glauben an die Wissenschaft als Motor des technischen und ökonomischen Fortschritts, der aus sich heraus auch sittlichen Fortschritt, die Durchsetzung humaner Gestaltungen und Werte voranbringe. Die Menschheit hat erfahren müssen, daß dem nicht so ist. Die verheerenden Möglichkeiten der Rüstungstechnik, auch der Repressionstechnik, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen haben uns gewahr werden lassen, daß mit der Entfaltung der Wissenschaft

und der Produktivkräfte die Entfesselung von Irrationalität und von Destruktivkräften einher gehen kann. Was im Bereich der Biotechnologie alles noch möglich erscheint, löst schon heute Beklemmung aus. Wertorientierung ist all diesen Prozessen keineswegs "letztlich doch" immanent, wie ein naiver Fortschrittsglaube gemeint hat: Vielmehr müssen all diese Prozesse a u c h in politischer Verantwortung auf das Wohl des Menschen hin geformt werden. Wie sehr der technische Wandel eine Herausforderung zu politischer Gestaltung ist, erleben wir dramatisch bei der immer weitergehenden Durchdringung von Produkten und Produktionen durch die Mikroelektronik: Welche Chancen für ein besseres Leben aller in besser geschützter Umwelt! Welche Gefahren aber auch für die vielen, die durch Computer und Roboter arbeitslos geworden sind oder zu werden drohen!

- Dem Godesberger Programm fehlt schließlich die ökologische Dimension, das Verhältnis von Mensch und Natur stellte sich der SPD des Jahres 1959 nicht als Problem. Seitdem ist die Zerstörung der Umwelt in bedrückender Weise in unser aller Bewußtsein getreten.
- Die Nord-Süd-Problematik wird im Godesberger Programm nur andeutungsweise sichtbar - mittlerweile erkennen wir an so vordergründigen Indikatoren, wie der Verschuldensituation der Entwicklungs- und von Schwellenländern, wie sehr die Solidarität, die wir schulden, Bedingung unserer eigenen wirtschaftlichen Zukunft ist.
- Kaum ein Kapitel des Godesberger Programms ist so weit von der heutigen Wirklichkeit entfernt wie das zur "Internationalen Gemeinschaft". Sehen Sie es mir bitte nach, wenn ich das hier nur der Vollständigkeit halber anmerke und gleich hinzufüge, daß die Außen- und Sicherheitspolitik fürderhin nicht zu den Schwerpunkten gehört, über die zu sprechen ich mir vorgenommen habe.

- Und endlich und in gewisser Weise zusammenfassend wird unser Grundsatzprogramm jenen Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins aufnehmen müssen, der in Konturen neuer Lebensformen sichtbar wird: Versuche, aus der Isolierung des Ich herauszutreten in Du- und Wir-Beziehungen, in denen friedfertiges Geben, Teilen und Mitteilen, Verstehen und Engagement für die Schwächeren wichtiger sind als die Motivationen der Konkurrenz und der Macht. Das gleichwohl auch heute noch dominierende Ziel des Habens weicht allmählich doch dem Lebensziel, für sich selbst und andere jemand zu sein. In der Hinwendung zu kleineren, überchaubaren Einheiten des Zusammenlebens und Zusammenwirkens wird das Bedürfnis nach personaler Bindung spürbar. Neue soziale Bewegungen sind Ausdruck solchen Wandels der Verhaltensweisen und der Werthaltungen. In diesem Kontext wird auch die eine und andere Wertung zur Familie und zu den Geschlechtern anders zu treffen sein als im Godesberger Programm geschehen.

2. Nicht zuletzt an den programmatisch nicht oder kaum bewältigten neuen Herausforderungen hat es gelegen, wenn die Befassung der Partei mit eben diesen Problemen, zumal zur Zeit unserer Regierungsverantwortung, häufig desintegrierend gewirkt hat. Innerparteiliche Integration auf Problemlösung hin zu leisten ist deshalb die zweite Aufgabe, der wir uns durch Programmarbeit zu stellen haben. Dazu wird auch die der Partei im Jahr 1959 noch kaum zugänglich gewesene Erfahrung einzubringen sein, in Regierungsverantwortung handeln zu müssen. Die einzelnen Elemente - Politikbereiche - stehen im Godesberger Programm ziemlich unverbunden nebeneinander: In der Regel aber sind es ja gerade die Interdependenzen, die der Machbarkeit des "bloß gut Gemeinten" Grenzen setzen. Dabei darf uns das Programm gewiß nicht zur bloßen Addition kleiner Machbarkeiten in den Fesseln der großen Sachzwänge mißraten: in

der Vernetzung der Probleme, in ihren Wechselwirkungen muß und kann auch der "Entwurf auf das Ganze" hin transparent werden, als der sich ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, Adolf Arndt hat das gesagt, zu bewähren hat.

Manche fürchten von neuer Programmarbeit eher neue Polarisierung in der Partei. Die sehr heterogen zusammengesetzte Kommission Grundwerte hat in ihren Diskussionen zu GODESBERG HEUTE die andere Erfahrung gemacht, die der Integration. In ihrem Bericht schreibt die Kommission:

Manche Positionen, die bislang als "links" oder "rechts" galten, sind dadurch korrigiert und zusammengeführt worden, daß die ganze Kommission neue Tatbestände und Bewußtseinsinhalte im Lichte sozialdemokratischer Tradition reflektierte.

3. Integration ist der Prozeß, Identität das Ziel programmatischer Selbstverständigung. Identität ist letztlich nicht zu gewinnen und keineswegs in der Meinung der Wähler festzuhalten, wenn man die eigene Position nur und kurzerhand als die Gegenposition zu der der politischen Konkurrenz definiert oder darstellt: im gegebenen Parteieingefüge, in der Struktur unserer Parteienkonkurrenz ist das Ergebnis allemal dies, daß man sich in eine Art "Zweitbesten-Syndrom" verstrickt. Um das zu erläutern, benenne ich drei Felder, in denen der SPD just dies widerfahren ist oder zu widerfahren droht.

In der Wirtschaft - erstes Beispiel - konkurriert die SPD einerseits als Wachstumspartei mit der CDU, andererseits als wachstumsskeptische Partei mit den Grünen. Für wachstumsorientierte Wähler bleibt die SPD wegen der Gebrochenheit ihres Wachstums-Impetus Zweitbester gegenüber der CDU; für Wähler mit wachstumsskeptischer Gestimmtheit bleibt sie es gegenüber den Grünen einfach deshalb, weil sie dem Wirtschaftswachstum nicht schlechterdings absagt. Dabei

hatte die SPD im Brückenbegriff vom "selektiven Wachstum" an sich ja eine originäre, identische, nicht von den anderen Positionen abgeleitete, nicht auf die anderen Paradigmen fixierte eigene Position - niemand wird jedoch behaupten wollen, daß es ihr bisher gelungen ist, sie als eine solche ins allgemeine Bewußtsein zu heben.

Die SPD muß aufhören, in die schwarze oder grüne Richtung zu schielen, sie soll überhaupt nicht schielen, sondern ihre eigene Politik programmatisch definieren und praktisch aufbauen. Im Programm "Sondervermögen Arbeit und Umwelt" zum Beispiel hat sie für den Anwendungsbereich des Gemeinlastprinzips eine in sich stimmige, identische Antwort auf eine Reihe integrativ zusammengeführter Fragen gegeben; das Programm leistet die Verbesserung der Beschäftigungssituation und der Umwelt; Wachstum - selektiv zur Behebung von Wachstumsschäden; Angebotsorientierung bei hoher Nachfragewirksamkeit; Preissteuerung und marktwirtschaftliche Allokation bei klarer politischer Zielvorgabe; nicht Be-, sondern Entlastung der öffentlichen Finanzen. Zugegeben: Unter den konkurrierenden Positionen ist die der SPD die deshalb am schwierigsten zu vermittelnde, weil sie sozusagen nur in einem mehrdimensionalen Koordinatensystem darstellbar ist. Wenn davon jedoch in die Öffentlichkeit hinein bisher gar so wenig "übergekommen" ist, liegt's wohl auch daran, daß es uns eben nicht gelungen ist, den integrativen Lösungsansatz des Programms "Sondervermögen Arbeit und Umwelt" im Koordinatensystem sozialdemokratischer Politik als eigenständig zu identifizieren.

In der Sicherheitspolitik - zweites Beispiel - sind wir für die, die nur auf Waffen setzen (dem "Reich des Bösen" kann man anders ja nicht bekommen) trotz unseres Bekenntnisses zu Bundeswehr und Bündnis zweitbest einfach deshalb, weil wir das Element der Verteidigung auf das politische Element der Partnerschaft zur Sicherheit beziehen; für jene aber,

die es ausschließlich mit politischer Friedenssicherung halten wollen, bleiben wir wegen unseres Festhaltens an Bundeswehr und Bündnis zweitbest und suspekt. Immerhin gelingt es uns hier, aus dem Zweitbesten-Syndrom freizukommen: Einer wachsenden Zahl von Menschen ist einsichtig geworden, daß unsere komplizierte Position sich nicht als Konzession nach beiden Seiten hin versteht, sondern die in sich problemgerechte und sachlich richtige, die authentische und identische Position der Sozialdemokratie ist.

Als drittes Beispiel noch dies: Die CDU - eine völlig säkularisierte Partei, was ich nicht an sich beklage - vermag ihrem christlichen Glauben verpflichtete Wähler einfach ihrer C-Firmierung wegen an sich zu binden; die SPD - wie wohl für Christen offen, was man mittlerweile zur Kenntnis nimmt - bleibt für solche Wähler doch nur die zweitbeste Partei im Vergleich zu jener, die sich selber als "die christliche" deklariert. Dabei könnte die SPD gerade für Christen, die ihren Glauben reflektieren, einen wie ich meine unaufholbaren Vorzug darin haben, daß sie Menschen unterschiedlicher weltanschaulicher Bindungen - darin die Pluralität und Totalität unserer Gesellschaft abbildend - zu gemeinsamem wertorientiertem Handeln zusammenführt. Das Leitbild von den Christen in den Parteien ist allemal genuin christlich; das "Prinzip christliche Partei" bleibt dem Ideologieverdacht ausgesetzt, führt es doch fast unvermeidlicherweise in den politischen Manichäismus, der die Menschen entlang der Parteigrenzen in gute und böse scheidet. Darin - übrigens - wurzelt die schreckliche Sprachlosigkeit zwischen unseren Parteien, die grassierende politische Unkultur, die Unfähigkeit zum politischen Ausgleich; wo common sense oder der Bezug auf gemeinsame Interessen gefordert wären, herrscht geistiger Bürgerkrieg. Wir werden in unserem Programm ein Kapitel haben müssen, das den Gesamtzusammenhang von Kultur und in diesem Kontext die politische Kultur in der Demokratie herausarbeitet.

Es läge an der SPD selbst, ihren Vorzug zur Geltung zu bringen: Indem sie ihr programmatisch fundiertes Selbstverständnis in die Praxis hinein reflektiert und sich der Anstrengung einer weltanschaulich pluralen Partei tatsächlich unterzieht. Indifferentismus ist Flucht vor dem eigenen Anspruch.

Was die drei zum Reizwort "Zweitbesten-Syndrom" gegebenen Beispiele auch zeigen sollen ist dies: Es mangelt der SPD an Selbstbewußtsein, ihre Konkurrenten sind ihr darin über. Der Begriff "Selbstbewußtsein" ist doppelsinnig, ich meine ihn in beiderlei Hinsicht: In dem, was wir wollen oder auch bekämpfen, beziehen wir uns kaum noch auf den festen Bestand unserer tragenden und bleibenden Überzeugungen; bleibt aber der Grundwertebezug undeutlich, liegt die Gefahr nahe, daß vieles in inkohärenter Tagespolitik zerfleddert. Nur wenn wir uns in Theorie und Praxis stärker auf das besinnen und das transparent machen, was Sozialdemokratie geistig konstituiert und zusammenhält, werden wir der Gefahr eines kurzatmigen Aktionismus entkommen. Und daraus wird uns dann auch die nach außen gewandte Kraft eines in sich ruhenden Selbstbewußtseins zuwachsen: Wir verstecken uns nicht, wir sind den Problemen und dem Gegner gewachsen, wir stellen uns, wir leiten unsere Positionen nicht aus der Fixierung auf die der anderen ab, wir vertreten sie selbstbewußt - unserer selbst bewußt.

IV.

Die kritische Bestandsaufnahme sozialdemokratischer Programmatik stellt uns so vor eine doppelte Aufgabe: einerseits Lücken schließen, neue Themen aufnehmen, durchdringen, Lösungen vorschlagen, die in der Bewältigung auch

der neuen Herausforderungen mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität für mehr Menschen erfahrbar machen; dazu hin Korrektive setzen, wo unsere eigenen Denkfortschritte und Erfahrungen dies nahelegen. Andererseits aber gilt es, festzustellen und festzuhalten, was Bestand gehabt hat und weiterhin haben wird. Neue programmatische Selbstverständigung heißt auch, von unserem Erbe neu und bewußt Besitz zu ergreifen, Gerade eine Veränderungspartei wie die SPD - der Begriff stammt von Kaltefleiter, ich finde ihn richtig - bedarf der Kontinuität der Orientierung.

Die Grundwerte-Kommission sagt in ihrem Bericht klipp und klar: An den Grundentscheidungen des Godesberger Programms wird nicht gerüttelt; als die tragenden Grundlagen wird die Partei im neuen Programm bestätigen und bekräftigen

- das Bekenntnis zur Demokratie, die "Wert an sich" ist, die es zu verteidigen und auszubauen gilt
- das Bekenntnis zum Grundgesetz und damit zum Staat des Grundgesetzes, zu dem auch die Bundeswehr gehört
- das Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als den Grundwerten des demokratischen Sozialismus, die wir verstehen als Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und für das politische Handeln, diese Wirklichkeit verändernd zu gestalten
- das Bekenntnis zur sittlichen Begründung des demokratischen Sozialismus, der - als ethischer Sozialismus sich als eine immerwährende Aufgabe begreift und kein wissenschaftlich erkennbares Endziel von Geschichte vor sich herträgt
- das Bekenntnis zur weltanschaulichen Offenheit der Partei, die politische Heimat für Menschen verschiedener Glaubenshaltungen und Letztüberzeugungen ist und bleibt
- die Entscheidung für die Volkspartei
- die Anerkennung des Marktes als unverzichtbaren Steuerungsmittels der Wirtschaft
- die Anerkennung aber auch der Gestaltungsaufgabe des Staates gemäß der Zuordnung, die so viel Marktentfaltung will wie möglich und so viel Lenkung gewährleistet wie nötig.

Dies alles und anderes wird weitergelten. Aus Gesprächen, insbesondere mit den Kirchen, haben wir gelernt, daß wir unsere Überzeugung vom Ethos des Staates und unsere Begründung der Grundwerte des demokratischen Sozialismus wirksamer gegen - leider nicht selten gewollte! - Mißverständnisse absichern sollten. Die SPD hält das Ethos des Staates und die Ethik der Gesellschaft im letzten - in einem normativen Sinne - nicht für ein Produkt der Gesellschaft und ihrer Entwicklung selbst. Der Staat ist für uns nicht bloße Funktion von Gesellschaft, will heißen: Verrechnungsinstanz der gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung - in unserem Bekenntnis zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennen wir mit, daß die Glaubensüberzeugung eines jeden Menschen und das, was an Gewissensbindung daraus folgt, um der Würde des Menschen willen solcher Verrechnung entzogen bleiben muß. Die Grundrechte der Verfassung sind für uns nicht nur Abwehrrechte in der Zuständigkeit des Staates, sie sind objektive Wertentscheidungen und wertentscheidende Grundsatznormen. Die Verfassung ist nicht nur ein System formaler Regeln, sie ist weit darüber hinaus eine auf Werte und auf Wertentfaltung angelegte Ordnung - eine für unterschiedliche Gestaltungen offene freilich. In gleicher Weise sind die Grundwerte des demokratischen Sozialismus sittliche Grundentscheidungen: sie sind, ich sagte es schon, Maßstäbe von bleibender Gültigkeit. Wir Sozialdemokraten vertreten nicht die Trennung von Recht und Sittlichkeit, von Politik und Ethik - wir erwehren uns ihrer. Die weltanschauliche Neutralität des Staates - wie übrigens auch unserer Partei - meint nicht Wertneutralität: Der Staat - und wie gesagt auch unsere Partei - findet der Beliebigkeit entzogene Orientierungen für den Wertbildungsprozeß vor, der als ein solcher sich allerdings zu manifestieren, auszubilden hat in konkreten Gestaltungen im Dienste umfassender Humanität.

Wir sollten das, denke ich mir, in unserem Programm selber aussagen - schon, damit wir ein für allemal die Scheingefechte hinter uns bringen, in denen einerseits behauptet wird,

Sittlichkeit sei für Sozialdemokraten das beliebige Produkt wandelbarer gesellschaftlicher Kräfte, andererseits und im logischen Widerspruch dazu uns vorgeworfen wird, die Beschränkung des Politik-Machens auf die Bereiche des Verletzten und Abstimmbaren, die sich aus unserem Politik-Verständnis ergibt, schließe zum Beispiel gläubige Christen aus der politischen Mitgestaltung aus. Vielleicht schützt uns da die Zitierung von Artikel I der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen vor Mißverständnissen und auch vor Ubelwillen. Ich gebe meiner Partei den Rat, dies zu tun, würde freilich gerne einen Schritt weitergehen und den Versuch wagen, in das Grundsatzprogramm so etwas wie eine Minimal- oder Fundamentalanthropologie aufzunehmen. Der Gedanke hat im Bericht GODESBERG HEUTE eine vorsichtig-positive Würdigung erfahren. Elemente einer solchen Anthropologie finden sich ja im Grundgesetz, aber auch im Orientierungsrahmen 85, wo von den Möglichkeiten und den Grenzen des Menschen die Rede ist. Im geistigen Abenteuer eines solchen Versuchs wird sich die Einheit unseres Bekenntnisses zu den Grundwerten des Programms in der Vielfalt der weltanschaulichen Zugänge dazu bewahren können.

V.

Nun weiß ich wohl, meine Damen und Herren, daß unter dem Stichwort von der "Godesberger Erneuerung" die meisten etwas anderes erwarten als subtile gesellschaftsphilosophische Begriffsarbeit. Das geht ja auch in Ordnung, so schon deshalb, weil es dazu im neuen Programm ja allenfalls Verdeutlichungen, keinen grundlegenden Wandel geben wird. Freilich sollte man sich auch über die Bedeutung solcher Grundwerte-Debatte klar sein: in ihr werden im allgemeinen Bewußtsein die Vorzeichen vor die Klammern gesetzt.

Nun aber hat's praktische: zu werden. Ich beginne damit, indem ich zunächst auf die wissenschaftlichen Versuche - fernsichtigen Szenarien - eingehe, mögliche Entwicklungen von Wirtschaft und Gesellschaft in den anstehenden dreißig Jahren aufzuzeigen, über die und für die wir uns programmatisch neu verständigen wollen. Optimismus überwiegt in diesen Szenarien; hält man sich ans Gemeinsame der Zukunftsberichte von PROGNOSE und anderen, so könnten die künftigen Arbeits- und Lebensbedingungen hier bei uns etwa wie folgt aussehen:

Mit grundlegend neuen wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen ist in diesem Zeitraum nicht zu rechnen, sieht man von der Gen-Technologie ab, in der man zwar große Chancen vermutet, deren Risiken man aber allgemein mit Besorgnis entgegenseht. Das Zeitalter wird geprägt sein von der Anwendung der Mikroelektronik in immer komplexeren Systemen, man wird kraftausübende und informationsverarbeitende Maschinen mit Datenspeichern und Sensoren ausstatten und zu selbststeuernden Geräten für Entwurf, Fertigung, Montage, Stoffumwandlung, Verfahrensabläufe kombinieren. Bearbeitungsmaschinen werden verkettet, Büromaschinen zu Kommunikationsnetzen zusammengefügt. Jeder zweite bis dritte Arbeitsplatz wird mit einem Terminal ausgestattet sein. Die Vernetzung zu Großsystemen wird die Menschen ängstigen: wegen der Gefahr der Zerstörung der Privatsphäre, aber auch wegen der Störanfälligkeit der Gesamtsysteme aus geringem Anlaß.

Das Wissen vom Aufbrauch der fossilen Energieträger wird die am stärksten bewußtseinsverändernde Erkenntnis sein. Man wird eine antizipatorische Politik zum Beispiel in der Energieversorgung betreiben, es werden Recycling-Kreisläufe aufgebaut, ressourcenschonende Investitionsgüter werden die große neue Markt- und Weltmarktleistung der deutschen Wirtschaft sein. Die Deutschen sind dabei, ihre Chance wahrzunehmen, hier führend zu sein.

Zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung meint man von einem dreißigjährigen geglätteten Wachstum von 1,5 % pro anno bei einer Produktivitätszunahme von 2 % ausgehen zu können; die Arbeitszeit wird im Mittel um 1 % pro Jahr verkürzt werden. Das ergibt für diesen Zeitraum bei einer 30-Stunden-Arbeitswoche 60 % mehr Bruttosozialprodukt; die überproportional steigenden Preise für Energie und Umweltschutz werden aber bewirken, daß sich der disponible Wohlstand pro Kopf nur um 20 % erhöht.

Zu großen Umwälzungen wird es somit nicht in den materiellen Bedingungen kommen - dazu kommt es eher im allgemeinen Bewußtsein. Das Lebensgefühl schier unbegrenzt scheinender Entfaltungsmöglichkeiten und die Lebensweise der Selbsterfahrung und Selbstbestätigung im Konkurrenzverhalten werden ökonomisch-ökologischer Bedachtsamkeit und höherer Sensibilität für sozial und ökologisch schädliche Einzelinteressen und Entwicklungen weichen. Die berufsbezogenen Werthaltungen treten hinter die in neben- und außerberuflichen Rollen gewonnenen zurück. Überall werden die kleineren Dimensionen bevorzugt.

Der Arbeitsmarkt wird - auch aus der demographischen Entwicklung heraus - in zehn bis zwanzig Jahren ausgeglichen sein, wobei es freilich parallellaufend Arbeitslose in den alten und Arbeitskräftemangel in den neuen Industrien geben wird. Die Bildungspolitik und die Erziehung werden dem so entgegenwirken, daß sie die Kinder immer früher mit der elektronischen Welt in Berührung bringen. Uns Jahr 2000 wird es in den Fabriken nicht mehr Handarbeiter geben als es dann noch Landwirte geben wird. Die Produktion wird arbeitsteilig - über Zulieferungen - in die Weltwirtschaft integriert sein, die Fertigungstiefen in den Betrieben nehmen ab. Dem entspricht, daß relevanter Markt ebenfalls die ganze Welt sein wird. Um die 150 oder 200 Millionen gewerblicher Arbeitsplätze in den

heutigen westlichen Industriestaaten werden dann freilich weitere hunderte Millionen immer besser ausgebildeter Arbeitskräfte aus den Entwicklungs- und Schwellenländern mit konkurrieren.

Unübersichtlich bleibt, wie sich die technische Entwicklung auf die Arbeitsplätze selber auswirken wird. Einerseits fördert sie die Autonomie des Arbeiters, woraus von manchen ebenso wie aus dem Vordringen der Angestellten, der Verkürzung und technisch bedingten Flexibilisierung der Arbeitszeit, aus der Verringerung und Bedeutungsminde rung der Erwerbsarbeit überhaupt, aus der Spaltung der Belegschaften in Stamm und Peripherie insgesamt auf eine Schwächung der Gewerkschaften geschlossen wird. Andererseits aber befürchtet man den gläsernen Arbeitsplatz mit intensiver Überwachung, wie auch den "Zeittotschlagsstreß" an vielen Arbeitsplätzen, z.B. Terminals. Die Diskussion über all dies wird von dem Zeitpunkt an weit heftiger geführt werden, zu dem die jetzt anstehende Informatik-Disziplin der "künstlichen Intelligenz" die Herstellung auch noch der soft-ware automatisiert und die Rationalisierer somit selber wegrationalisiert. In absehbarer Zeit wird es Diagnosemaschinen geben, die zuverlässiger funktionieren als der Arzt arbeiten kann. Die Chancen jedenfalls, daß die gewerkschaftlichen Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, nach mehr Mitbestimmung und Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen, nach Erhalt und Förderung der Qualifikation, nach Rationalisierungsschutz auch vor Abgruppierung und überzogener Leistungs- und Verhaltenskontrolle sich durchsetzen, werden steigen in dem Maße, in dem auch das Management von heute und die heute privilegierten Gruppen jedenfalls zum Teil sich in der Rolle von stüranfälligen, fehlererzeugenden biologischen Endgeräten im Produktionsprozeß wiederfinden.

Die gesteigerte Produktivität wird der Produkt- und der Dienstleistungsvielfalt zugutekommen. Man wird erkennen und dem Rechnung tragen, daß weder die Großkonzerne noch die ganz

kleinen Betriebe besonders geeignet sind, mit den neuen Herausforderungen fertig zu werden: Die mittleren Betriebsgrößen dringen vor - klein genug, um flexibel zu sein, groß genug, um sich qualifizierte Manager und Ingenieur leisten zu können. Freilich werden in den kleinen Betrieben, für die ein höherer Automationsgrad nicht in Frage kommt, noch immer ein Drittel der Beschäftigten arbeiten.

So also könnte es sein; käme es so, würden wir und unsere Kinder damit wohl leben können. Es gibt auch ganz andere, pessimistische Szenarien, in denen von wachsender Kriegsgefahr, von der Blockierung der Ölquellen, von wirtschaftlichen Trendbrüchen, wie dem Niedergang der Weltwirtschaft, Protektionismus, Schuldenkrisen, Staatsbankrotten und den Domino-Effekten aus der Vernetzung von allem und allen die Rede ist. In einem Report lese ich, in der Folge der Waldschäden werde die ausreichende Versorgung mit gutem Wasser bei uns das alles beherrschende Thema schon der 90er Jahre sein.

Politische Programme und Szenarien - Mutmaßungen zwischen Wissen und Wünschen - sind nicht dasselbe: Chancen realisieren sich nicht im Selbstlauf blinder Prozesse, Risiken lassen sich nicht durch Nichtstun, durch Politik-Enthaltung aussitzen.

Sechs als "große Brüche" charakterisierte Themen hat Peter Glotz in seinem jüngsten Buch aufgefunden gemacht:

die strukturelle Arbeitslosigkeit; den Sanierungsbedarf in den Systemen der sozialen Sicherheit; den endgültigen Zusammenbruch des Patriarchats; die Ablösung des Ausbeutungsparadigmas gegenüber der Natur; den Verfall der Massenloyalität zur herkömmlichen Rüstungspolitik und den immer stärker sich ausbreitenden Widerstand gegen die Übergröße der technisierten Apparate in Gesellschaft und Staat.

Legt man dieses Tableau wie eine Folie über das von den Szenarien vermittelte Bild, so ergibt das in der Tat eine verwirrende Gemengelage, bei deren Strukturierung zu einem

sozialdemokratischen Grundsatz- und Zukunftsprogramm man von den folgenden Orientierungslinien auszugehen hat:

- Chancen und Risiken liegen nahe beisammen: die Risiken muß man kennen, auf die Chancen muß man setzen. Bei der Beurteilung globaler Perspektiven muß man der Neigung widerstehen - und die Sozialdemokraten haben ihr in den letzten Jahren gelegentlich nachgegeben - gegenwärtige Schwierigkeiten endlos in die Zukunft hinein zu projizieren. Noch vor 150 Jahren arbeiteten 80 % der Menschen in der Landwirtschaft; als es dann da zur Explosion der Produktivität kam, haben die Betroffenen das ebenso als eine hoffnungslose Katastrophe empfunden wie später jene, die die erste und zweite industrielle Revolution erleiden mußten. Noch zu Beginn der 70er Jahre schien unser schwierigstes Problem Arbeitskräftemangel zu sein. Wenn vor den heutigen Herausforderungen die einen das Chaos und die Apokalypse beschwören und die anderen das "weitermachen wie bisher", haben - in der Tradition der Aufklärung - Sozialdemokraten auf die Fähigkeit der Menschen zu setzen, erkannte Gefahren immer wieder in Chancen für humanen Fortschritt überzuführen. Unser Programm darf nicht zu einer unlösbaren Verknäuelung von Verhängnissen geraten, es muß von der Fähigkeit der Menschen reden, durch vernünftig angelegte Politik Probleme zu entwirren und zu lösen: Es gibt optimierende Politik-Kombinationen, die uns auch vor den neuen Herausforderungen die Möglichkeit lebenswerter Zukunft eröffnen. Unser Programm soll eine Botschaft der Zuversicht sein: nicht naiver Fortschrittsoptimismus, nicht die "heile Welt", wohl aber die Überzeugung, daß es gelingen kann, komparativisch immer wieder ein bißchen mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität für mehr Menschen erfahrbar werden zu lassen.
- Eine Botschaft gleichwohl: Die Konservativen werden mit ihrem Mix aus der Leugnung der Probleme und der Verbreitung biederer Frohsinns auflaufen. Die Widersprüche ihrer Rezep-

turen sind in der Tat unlosbar: Einerseits die Auflösung menschlicher Bindungen bejammern und andererseits die totale Verfügbarkeit der Arbeitnehmer betreiben; einerseits den grassierenden Egoismus beklagen und andererseits gnadenlose Auslese entfesseln; einerseits über die Zunahme von Rücksichtslosigkeit schwadronieren und andererseits das totale Konkurrenzprinzip pseudoreligiös überhöhen; einerseits Mäßigung und andererseits aggressiven Konsumerismus predigen. Was die Konservativen bisher unter der Parole von der geistig-moralischen Erneuerung geboten haben war nichts anderes als der Versuch, in eben dieser Weise das Bewußtsein vom Sein abzukoppeln und die Ideologie zu verbreiten, man könne die alten Werte wiederherstellen ohne an den Strukturen das geringste zu verändern, an denen sie zugrunde zu gehen drohen. Epplers Begriffspaar wird uns in unserer Programmdiskussion noch manchenmal erhellend hilfreich sein: Wertkonservative werden oft Strukturveränderer sein müssen; Strukturkonservative werden - ungewollt, gewiß - gemeinwohlorientierte Werthaltungen gefährden.

- Und noch eins: Ideologieverdacht werden wir immer wieder auch gegen uns selbst wenden müssen. Wenn es - gegen die Parteien der derzeitigen Regierungskoalition - richtig ist, daß man die Probleme der nächsten drei bis vier Jahre nicht mit den Rezepturen der 50er Jahre lösen kann, wird wohl gelten, daß sie mit denen des 19. Jahrhunderts auch nicht zu lösen sind. Das Godesberger Programm hat unsere Partei immun gemacht gegen alle monistischen Erklärungsmuster, Denkweisen und Strukturen, hat sie sensibilisiert für den hohen Wertesichernden Rang pluralistischen Gebildereichtums in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Wir haben erkannt und wollen daran festhalten, daß die Klassenlage der Menschen fortschreitend überlagert wird durch höchst unterschiedliche Lebenslagen.

Mit diesen Erkenntnissen sind wir gut ausgestattet, neu über die Person, den Staat, die Gesellschaft nachzudenken, in der wir leben wollen - und über freiere, gerechtere, solidarischere Lebensweisen.

V1.

In ihrem Bericht schlägt die Kommission Grundwerte vor, dem Programmkapitel DIE STAATLICHE ORDNUNG, das wir bisher schon hatten, ein neues mit der Überschrift GESELLSCHAFT UND STAAT voranzustellen: dies würde es uns ermöglichen, unsere eigene Verhältnisbestimmung von der anderer Parteien deutlicher abzuheben.

Mit dem Erstarren der Denkströmung des Neokonservatismus vor vier, fünf Jahren hat auch in unserem Land ein geistiges und politisches Ringen eingesetzt, das man im Sinne der Dialektik von Konsens und Konflikt, die der Motor des demokratischen Prozesses ist, an sich zu begründen hätte, wäre nicht der Preis faktischer, neokonservativer Politik für die vielen kleinen Leute, die ihn jetzt zu zahlen haben, zu hoch. Indem wir den Kampf mit dem neokonservativen Gesellschafts- und folglich auch Staatsverständnis aufnehmen, geschieht zweierlei:

- Wir sind - einstweilen als Opposition - die Stimme der von neokonservativer Politik Betroffenen und Betroffenen,
- wir sind selber herausgefordert, unser Denken über Gesellschaft und Staat, Staat und Gesellschaft zu präzisieren und im Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen da und dort neu zu justieren.

Wer sind die Betroffenen neokonservativer Politik? Es sind dies die Opfer der in Gang gekommenen Spaltung der Gesellschaft. Sieht man sich unter den westlichen Industriegesell-

schaften um, wird man feststellen, daß sich - auch zwischen den großen Parteilagern - die Grundprinzipien einerseits der solidarischen und andererseits der gespaltenen Gesellschaft widerstreiten. Selbstverständlich deklarieren die Neokonservativen - Meister der Semantik, die sie sind -, ihre Position anders: indem sie nämlich erst einmal Solidarität als Kollektivismus diffamieren. Sind erst einmal die Bedingungen dafür geschaffen, daß die Stärke der Starken darin besteht, sich auf Kosten der Schwächeren zu behaupten, hat es sich erst einmal durchgesetzt, daß Rivalisieren als Grundprinzip menschlicher Beziehungen gilt, wird die Diffamierung von Solidarität als Kollektivismus vielen der Starken, die sich zu behaupten vermögen, plausibel und natürlich erscheinen. Der von den Werthaltungen des solidarischen Ausgleichs und des sozialen Friedens freigemachte, "befreite" Selbstlauf der wirtschaftlichen Prozesse, eine Erziehung, die die angeblich heroischen Tugenden des Sich-Durchsetzens hervorhebt: darin - in der Tat - besteht die "Mende". Nicht daß diese Philosophie ganz ohne Gemeinschaftsbezug auskäme, im Gegenteil: es bedarf eines starken Staates, der die vom Reißenden, nicht kultivierten Selbstlauf der Prozesse an den Rand gespülten marginalisierten Gruppen als nicht-integrationsfähige - semantisch umgedeutet: als nicht-integrationswillige - ausgrenzt. Zimmermannsche Ausländerpolitik ist wohl das Feld, auf dem uns das alles derzeit am härtesten demonstriert wird.

Thatcherismus, Reaganismus - dergleichen rührt sich auch in den Parteien der derzeitigen Mitte-rechts-bis-rechts-Koalition - geht davon aus, daß Ungleichheit das Movens des Fortschritts sei, daß die innere Dynamik der Gesellschaft ein hohes Maß von Ungleichheit sowohl voraussetzt als auch erzeugt: sozialer Ausgleich, die Einebnung von Spannungsfällen, bewirkt Stillstand, Immobilismus, Entropie und - im Wettbewerb - damit Niedergang. Zwei-Drittel-Gesellschaft nennt Peter Glotz das Ergebnis - eine Gesellschaft also, die mit hoher Arbeitslosigkeit lebt, sie gar als Movens in Rechnung

stellt, eine Gesellschaft, die neue Armut duldet, die zwar den Kern der Arbeitnehmerschaft materiell einigermaßen sichert, konfliktunfähige Randgruppen aber ausgrenzt. In der Sicht dieser Weltanschauung ist das alles der zwar bittere, beklagenswert hohe, aber unerläßliche Preis für die innere Dynamik unserer Industriegesellschaft, von deren Beweglichkeit angesichts des technologischen Wandels und des Wandels der internationalen Arbeitsteilung unsere wirtschaftliche Zukunft abhängt. Damit es der wahlentscheidenden Mehrheit dauerhaft gut geht, wird es einer Minderheit, zumindest vorübergehend, nicht gut gehen. Und die Neokonservativen behaupten, dafür die Erfahrung für sich zu haben: Übertriebener sozialer Schutz, überzogene soziale Sicherheit, zuviel Staatsintervention zum Zwecke des Ausgleichs hätten - sagen sie - in den vergangenen 15 Jahren die Dynamik unserer Gesellschaft beeinträchtigt, ja gelähmt; den neuen Herausforderungen sei - so Dahrendorf - das "Prinzip Sozialdemokratie" nicht mehr gewachsen.

Mit bloß moralisierender Polemik, mit der bloßen Postulierung solidarischer Gesellschaft ist alledem nicht beizukommen. Politische Wahrheit ist komplementär, niemand hat sie ganz, man wird das Ziel des Andersdenkenden auch dann mit zu bedenken haben, wenn man seine Mittel für falsch hält. Immerhin sind die neuen Herausforderungen, die ich geschildert habe, von der Art, daß in der Tat Anpassungsfähigkeit, Mobilität, Dynamik von Wirtschaft und Gesellschaft für uns alle zukunftsentscheidend sind; Also haben wir Sozialdemokraten den Beweis zu erbringen, daß die nicht-ausgrenzende, die jeden mitnehmende solidarische Gesellschaft der Dynamik fähig ist, daß sie nicht Spaltung, Ausgrenzung, Ausspreizung von Ungleichheit voraussetzt: vielmehr im breitestmöglichen gesellschaftlichen Konsens und in einem durch solidarischen Ausgleich gesicherten sozialen Frieden sogar eher gelingt, wirksamer und nachhaltiger zu gewährleisten ist.

Ich habe meinen Vortrag bewußt an diesen Punkt herangeführt und auf ihn hin zugespitzt, um an dieser Stelle sagen zu

können: Für mich ist die Kernfrage, die wir unter den veränderten Bedingungen im neuen Grundsatzprogramm zu beantworten haben, die, wie solidarische Gesellschaft als eine zugleich dynamische möglich ist - in Freiheit und Gerechtigkeit, um die beiden anderen Justierpunkte der sozialdemokratischen Grundwerte-Trias mit ins Blickfeld zu rücken.

Auf die Behauptung der Neokonservativen, wir - die SPD - hätten durch unsere Regierungspolitik die Dynamik unserer Gesellschaft bereits geschwächt, lasse ich mich mit zwei Sätzen ein: Einerseits stimmt das nicht, insoweit nationale Dynamik sich im internationalen Wettbewerb manifestiert - bei genauerer Betrachtung verliert ja mittlerweile sogar das Japan-Syndrom seine Schrecken; andererseits aber ist es nach meiner Einsicht in die Zusammenhänge doch so, daß wir - ich sagte es schon - das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Staat neu justieren müssen angesichts unserer eigenen Erfahrung von der Begrenztheit der Reichweite staatlichen Handelns in der Interdependenz der Zusammenhänge, angesichts z.B. auch der Erfahrung, daß der Nachbarkeitsglaube eines kruden Keynesianismus ein Aberglaube war. In unserem neuen Programm sollte - die Kernfrage nach Solidarität und Dynamik beantwortend - weniger der Staat und mehr die Gesellschaft Bezugspunkt sein: nicht einzig die Gesellschaft, sondern in neuer Justierung des Verhältnisses zum Staat.

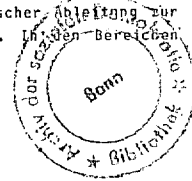
Im Bericht GODESBERG HEUTE finden Sie die von mir so formulierte Kernfrage nicht expressis verbis ausgeführt - sie zieht sich durch die Darlegungen zu den einzelnen Programmkapiteln durch und gipfelt in den Anmerkungen zur Zukunft der Arbeit und der sozialen Sicherheit wie auch zur Organisation des Zusammenwirkens von Wirtschaft, gesellschaftlichen Kräften, Wissenschaft und Staat - von Markt also, Mitbestimmung und Miteigentum, Technologievermittlung und Staatseinfluß. Einige besondere Aspekte dazu hebe ich heraus:

1. Die Neokonservativen benennen ihr Modell selbstverständlich nicht als "unsolidarische Gesellschaft", sie nennen es "Leistungsgesellschaft" und insinuierten dabei gleich mit, Sozialdemokratie sei leistungsfeindlich. Daß unsere Gesellschaft jederzeit und unter den heutigen schwierigen Bedingungen besonders der Leistung aller bedarf, brauche ich hier nicht eigens zu erwähnen. In bezug auf unsere "Kernfrage" ist "Leistung" tatsächlich ein Schlüsselbegriff. Solidarische Gesellschaft ist nicht zu haben, wenn die Starken nicht zur Entfaltung kommen - sie ist nur zu haben als die Solidarität der Starken mit den Schwächeren. Die Einsicht in die Abhängigkeit des Eigeninteresses vom Gemeinwohl ist dafür ein solideres Fundament als bloßer Altruismus. Soziale Verantwortung umfaßt beides, für einen neuen, humaneren Leistungsbegriff hätte soziale Verantwortung ein prägendes, ein konstitutives Element zu sein. Vor kurzem habe ich unserer Partei "etwas mehr Schumpeter und etwas weniger Keynes" empfohlen - widerspreche ich mir da nicht selber? Ich meine nicht. Schumpeter, der wirtschaftliche Dynamik in überzeugender Weise endogen erklärt hat, weiß es, sagt es in allen Tonarten: Zum leistungsstarken Pionierunternehmer (Pionierunternehmungen, regelmäßig wird Leistung ja gemeinsam erarbeitet), der im Prozeß der schöpferischen Zerstörung und neuer Faktor-Allokation Ressourcen und dadurch eine Pionierrente auf sich zieht, gehört eben auch der machtfreie, der privilegiensfeindliche Markt, der dafür sorgt, daß die Pionierrente wieder verschwindet und sich in die Breite der am Wirtschaftsprozess Beteiligten hinein verteilt. Mit anderen Worten: Wir brauchen einen Leistungsbegriff, der sein Substrat im Humanum hat und nicht bloße Verteilungsmacht meint. Edzard Reuter hat an diesem Ort vor kurzem Thurow zitiert: "Unsere Wettbewerber" - er meint die großen Industiepioniere der USA - "haben Arbeitsleistung und Ersparnisbildung nicht durch eine Vergrößerung der Ein-

kommensunterschiede entfesselt; tatsächlich haben sie das genaue Gegenteil getan". Es gibt keinen Konflikt, sagt Thurow, zwischen richtig angelegter Sozialstaatlichkeit und Regierungsintervention einerseits und wirtschaftlichem Erfolg andererseits; sie werden sich eher gegenseitig bedingen.

Ein humaner, nicht wirtschaftlich vereinseitigter Leistungsbegriff wird auch aussagen, daß Begabung sozialpflichtig ist. Ist man ein Spinner, wenn man es ausspricht, daß zu leisten und etwas zu erleisten auch Freude macht, daß eine gesellschaftliche Stellung, die dies ermöglicht, ein Vorzug ist, der einen Lohn schon in sich trägt? Die Verknüpfung des Strebens nach Selbstentfaltung mit dem Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung bietet den Ansatz zu einem in diesem Sinne umfassenden Leistungsbegriff des humanen Fortschritts.

2. Mit der Postulierung von Ausgleich und Abbau von Ungleichheit ist nichts gesagt gegen den für das wirtschaftliche Überleben und Gedeihen der Unternehmen notwendigen Gewinn - die vermeintliche Aporie löst sich auf, indem ich meiner Überzeugung Ausdruck gebe, daß unsere Wirtschaftsordnung als eine freiheitliche auf Dauer nicht bestehen kann, wenn nicht die Arbeiter als Mitinvestoren, als Miteigentümer des Produktivvermögens mit in die Unternehmerfunktion hineinwachsen. Dabei steht für mich nicht zur Diskussion, daß die Mitbestimmung aus Arbeit in dem Maße zurückzunehmen sei, in dem Mitbestimmung aus Miteigentum wächst: das kumuliert sich. Ohne die Einbeziehung der Produktivvermögensbildung der Arbeitnehmer würde unser neues Grundsatzprogramm nicht stimmig, keine runde Sache sein können. Die SPD und die Gewerkschaften müssen heraus aus der allzu einseitigen Fixierung auf das Paradigma der Verteilung (und deren konjunkturpolitischer Ableitung zur ausschließlichen Nachfrageorientierung). In diesen Bereichen



der Erzeugung und der Verwendung ereignet sich mehr und nachhaltigere Gesellschaftsgestaltung. Wer das Modell der solidarischen Gesellschaft weitgehend als ein Problem der Verteilung sieht, wird am Wirkungszusammenhang von Produktion, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts scheitern.

Aus alledem folgt auch dies: Die Qualifikation des Unternehmers wird immer mehr davon abhängen, ob es ihm gelingt, das innovative Potential der Mitarbeiter als ein mitunternehmerisches zu erschließen. Ich sage in allem Ernst und mit Besorgnis, daß die Gewerkschaften hinter dem ihnen übertragenen Gestaltungsauftrag zurückbleiben und das Ziel einer demokratisch gesteuerten Marktwirtschaft verfehlen, wenn sie sich dieser Perspektive verschließen. Der Begriff der "demokratisch gesteuerten Marktwirtschaft" findet sich übrigens im Bericht der Grundwerte-Kommission als das letzte Kondensat intensiver Diskussion über die Zukunft der Arbeit; Glotz spricht in seinem Buch von einer marktwirtschaftlich orientierten Politik der Mitbestimmung und des Mitbesitzes. Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand der Arbeitnehmer ist inbegriffen. In diesem Sinne voll entwickelte Arbeitsbeziehungen heben jene Verteilungskonflikte zwischen Lohn und Preis und Investition nicht auf, die ihrer Natur nach unaufhebbar sind: sie machen jedoch den Austrag menschenwürdiger, auch tragfähiger. Voll entwickelte Arbeitsbeziehungen sind ein Produktionsfaktor ersten Ranges.

3. Bringen wir das, was wir Sozialdemokraten politisch wollen, auf den Begriff der "verantwortlichen - verantworteten - Industriegesellschaft", so folgt daraus ein Verständnis vom Staat, das diesem in seiner Zielbestimmung, Vorbedingungen für die selbstverantwortete Persönlichkeitsentfaltung zu schaffen, Verantwortung und Gestaltungsaufgabe auch für die Wirtschaft als wesenseigen zuerkennt; in anderer Sprache

sagt z.B. die Sozialenzyklika Laborem Exercens des gegenwärtigen Papstes mit ihrem Begriff vom indirekten Arbeitgeber dasselbe. "Der Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen", heißt es im Godesberger Programm; der Staat - das ist die Verfaßtheit der Gemeinschaft und nicht der Selbstbestand der Institutionen. Und lassen wir uns noch eine andere Passage des Godesberger Programms von 1959 in Erinnerung rufen: Der Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, in den Bereichen der Außenwirtschafts-, der Sozial-, Landwirtschafts-, Wohnungsbaupolitik wie auch als großer Nachfrager auf den Märkten. Die Frage ist also nicht, sagt das Godesberger Programm, ob dabei Planung in Erscheinung tritt, sondern wie und zu wessen Gunsten sie wirkt.

Ich sage das, was ich dazu im einzelnen anzumerken habe, thesenartig und in der Erwartung, dadurch noch mehr zur Diskussion herauszufordern.

- Die den Staat zur Mitgestaltung der Wirtschaft verpflichtende Aufgabe wurzelt in seiner Verantwortung für das "Wohl des Ganzen", so sagt es das Godesberger Programm. Somit hat er in die Gesamtgestaltung jene Elemente einzubringen, die dem Selbstlauf des marktwirtschaftlichen Prozesses nicht immanent sind - im wesentlichen die soziale Dimension und die "Dimension Zukunft". Dies erfordert sehr wohl die wirksame Durchsetzung des die Summe der marktrelevanten Partialinteressen übersteigenden Gemeinwohlinteresse, aber auch die Begrenzung darauf.
- Die Möglichkeiten staatlicher Konjunktursteuerung sind in dem Maße enger geworden, in dem die meist verquerlaufenden Erwartungen - Psychologie also - dominant ge-

worden sind über die sozusagen mechanisch-quantitativen Wirkungen von Mengen- oder Preissteuerung. Wahrscheinlich aber haben wir die Wirksamkeit antizyklisch-konjunkturglättender Fiskalpolitik bisher überschätzt, jedenfalls in der Dauerhaftigkeit ihrer Wirkung.

- Unsere wirtschaftlichen Probleme sind weit überwiegend struktureller Art: es gilt, durch Strukturwandel Zukunft zu erschließen und die im Markt bleibenden alten Industrien zu vitalisieren. Des weiteren sind die Friktionsschäden des Wandels zu minimieren. Gefordert ist somit eine marktwirtschaftlich ausgerichtete Industriepolitik. Die Bejahung einer aktiven industriepolitischen Rolle des Staates wird bei genauem Bedenken der gestellten Aufgabe zu der Einsicht führen, daß es dabei mehr auf Rahmen- als auf Datensetzung und Maßnahmenaktivismus ankommt, mehr auf Ordnungs- denn auf Prozeßpolitik, mehr auf Koordinierung als auf Administration.

Wie war das denn beim Stahl? Das Erfordernis struktureller Anpassung war allen Marktteilnehmern seit langem klar - sie ist deshalb nicht rechtzeitig zustande gekommen, weil jeder Wettbewerber geglaubt hat, die damit verbundenen Konflikte gegen die anderen und zu seinen Gunsten entscheiden zu können. Wenn wir Industriepolitik sagen, meinen wir auch die koordinierende Hand des Staates in solchen Situationen: gilt es da, die Blockierung in sich selber sehr legitimer, sich gegenseitig aber im Wege stehender Einzelinteressen aufzulösen, deren Ausgleich im Wege allzu folgenreicher Zerstörung niemand dem Markt überlassen will. Die ideologisch begründete Verweigerung von Industriepolitik in der Stahlkrise ist alle Beteiligten schrecklich teuer zu stehen gekommen: den Japanern wäre das jedenfalls nicht passiert. Wer die Verweigerung von Politik für Marktwirtschaft hält, hätte z.B. noch nicht einmal die Lektion aus dem Marshallplan gelernt.

Konkret steht jetzt an, marktgängige Innovationen rund um den Rohstoff Information beschleunigt in Gang zu bringen. Der Staat kann und soll dabei helfen: bei der Entwicklung von Zielbestimmungen, bei der Öffnung des internationalen Parketts, beim Zusammenbringen der benötigten Fähigkeiten, Fazilitäten, Zuständigkeiten und vor allem durch die Setzung klarer und verlässlicher sozialer Rahmenbedingungen. Edzard Reuter hat recht, wenn er in diesem Zusammenhang hierzu kürzlich gesagt hat, zwar habe er höchsten Respekt vor jenen, die da nicht erst mal auf eine staatliche Vorgabe warten, sich vielmehr auf die ökonomischen Bewegungsgesetze einlassen und auf die Dynamik des Marktes; er fügte jedoch hinzu, daß es eine industriepolitische Aufgabe des Staates darüber hinaus einfach deshalb gebe, weil auf den hochintegrierten Weltmärkten ja nicht nur einzelwirtschaftliche Unternehmen, sondern Staaten miteinander konkurrieren. An dieser Stelle wäre vieles über die EG zu sagen - ich unterlasse es. Im neuen Grundsatzprogramm werden wir darüber reden müssen.

Die Umsetzung von Innovationen in die Märkte hat freilich die Sache der Unternehmen zu sein: "Wirtschaftliche Fehlentwicklungen lassen sich dabei oft besser durch die Entfaltung des Wettbewerbs vermeiden als durch staatliche Intervention", heißt es dazu richtig und bündig im Leitartikel zum Essener Parteitag, dem sogenannten Ehrenberg-Papier.

4. Modernisierung der Wirtschaft ist für uns Sozialdemokraten - und darin unterscheiden wir uns von den Neokonservativen - nicht primär oder gar ausschließlich die Veranstaltung zur Verbesserung der Bedingungen der Kapitalverwertung; unser sozialdemokratisches Verständnis meint nicht

Produktion um der Produktion, sondern um der Menschen willen. Deshalb wollen wir auch den strukturpolitischen Dialog aller Beteiligten. Unser Thema ist die Zukunft der Arbeit, Arbeit für alle ist unser Ziel. Zu diesem Ziel leitet sich aus der Modernisierung der Wirtschaft, aus der Steigerung der Arbeitsproduktivität mit die Verkürzung der Arbeitszeit ab; wir bejahen die Modernisierung der Wirtschaft auch deshalb, weil sie die Verkürzung der Zeit der Erwerbsarbeit zugleich ermöglicht. Beim Be-Denken der Zukunft der Arbeit werden wir auch nachdenken müssen über einen Begriff der Arbeit, der über die gewiß fundamental bleibende Erwerbsarbeit hinausreicht.

5. Die Grundstruktur von Wirtschaftspolitik in sozialdemokratischem Verständnis ist somit: "zusammenführen", Integration auf das Gemeinwohl hin über das hinaus, was die berühmte unsichtbare Hand des Marktes vermag. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Arbeitsbeziehungen - es gilt das auch in thematischer Hinsicht.

Wir wollen eine Wirtschaftsordnung, in der soziale Verantwortung nicht etwas dem Wirtschaftsprozeß von außen hinzugefügtes, sondern etwas ihm vorgegebenes ist - eine Wirtschaftsordnung auch, die die Sicherung der Lebensgrundlagen der nachwachsenden Generationen - die Zukunftsdimension der Solidarität - in die einzel- und marktwirtschaftlichen Kalküle einbezieht. Integration: Mit der Umwelt wird auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit zerstört, mit dieser der soziale Friede. Ich denke, daß wir mit der überkommenen polarisierenden Entgegensetzung von Natur und Technik nicht mehr weiterkommen. Natur gibt es längst nicht mehr im Urzustand, sie ist vom Menschen und seiner Technik gestaltete Umwelt; umgekehrt ist Technik vom Menschen gestaltete Natur. Mensch und Natur, Technik und Umwelt bilden ein geschlossenes Symbiotisches System, in dem es gilt, mit der Technik der Natur zu helfen; konkret: den

Willen zur Verbesserung der Umwelt in eine Wachstumsindustrie ressourcenschonender und bezüglich der Altlastschadenmindernder Umwelttechnologien zu transformieren. Darob braucht man nicht ideologisch zu ergrünen bis hin zur Ablehnung des ganzen Industriesystems: setzt man politisch die ökologischen Rahmenbedingungen des Wirtschaftens richtig und streng genug, gibt es Nachfrage nach Umwelttechnologien, und wo es Nachfrage gibt, gibt es Produktion und Angebot. Das Programm "Sondervermögen Arbeit und Umwelt" ist, ich hab's schon erwähnt, ein in seinen Strukturen beispielhaftes Modell gelungener Integration von Teilzielen.

VII.

Meine Damen und Herren!

Die SPD steht mehr als die anderen Parteien im Zentrum der sozialen Konflikte, den Konflikt mit den kommenden Generationen um die Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen eingeschlossen. Kaltefleiter hat recht, wenn er sagt, die SPD habe unserer Gesellschaft den Dienst zu leisten, die Veränderungspartei zu sein. Sinnvolle Veränderung bedarf - gerade dort, wo verändert werden soll um zu bewahren - der Orientierung auf komparativisch zu erreichende Ziele hin. Die Leitbegriffe der solidarischen Gesellschaft, der verantworteten Industriegesellschaft bieten solche Orientierung. Verantwortung ist eine personale, eine politische Leistung - der Prozeß im Selbstlauf verantwortet sich nicht.

Verantwortung ist ein sittliches Postulat. Demokratischer Sozialismus ist ethischer Sozialismus - das entspricht sich. Wer die solidarische Gesellschaft will, muß sein persönliches, gesellschaftliches, politisches Handeln sozial verantworten.

Damit soziales Verantwortungsbewußtsein in die Breite unserer Gesellschaft gehen kann, muß unsere politische Kultur die Fixiertheit auf den Staat aufheben in ein neues Verständnis vom integrativen Bedingungs-zusammenhang zwischen Individuum, Gesellschaft und Staat hinein. Verantwortliche Industriegesellschaft bindet alle ein: die traditionelle Arbeiterbewegung, sozialbewußt unternehmerisch arbeitende Menschen, neue - gegenwärtig überwiegend von den Mittelschichten getragene - soziale Bewegungen, die marginalisierten Gruppen. Hier kann und wird die von keiner anderen Partei erreichte integrative Kraft der Sozialdemokratie sich bewähren. Im Entwurf der verantwortlichen Industriegesellschaft könnte unser Volk die Chance erblicken, eine neue, nicht von der Einbindung ins nationalstaatliche Prinzip abhängige Identität zu gewinnen. Andere machens nüchterner und sprechen von der Notwendigkeit eines neuen Gemeinwohlbewußtseins - neu vor allem darin, daß es sich bei diesem von den Strukturkonservativen vielmißbrauchten Begriff des Gemeinwohls nicht wieder um die ideologische Rechtfertigung des Auseinanderspreizens von Ungleichheit handeln darf.

Hier Sozialdemokraten sollten den uns abverlangten Prozeß der GODESBERGER ERNEUERUNG als einen unserem ganzen Volk zu leistenden Dienst verstehen. Ich hoffe, Ihnen dazu ein bißchen auf den Geschmack verhelfen zu haben - und bin mir dessen bewußt, daß in meinem Vortrag allzu vieles - z.B. die ungeheure Frage nach der Zukunft der sozialen Sicherheit - ausgeblendet bleiben mußte.